Nr. 48 XXIV. Jahrgang

Sonnabend, 19. Februar 1910

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung

Größte Verbreitung in Sachsen

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 6 97, Expedition Nr. 13 6 36, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet für Dresden und Vororte 20 Pf., für auswärts 25 Pf., für das Ausland 30 Pf. Lokalpreis 20 Pf. Die zweispaltige Reklamezeile 1.50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Rabatt nach Tarif. Chiffrengebühr 30 Pf. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Telephonische Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes nehmen Anzeigen an.
Originalpreise und -Tabellen etc.

Bezugspreis:
Im Dresdner Bezirksbereich monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 80 Pf., vierteljährlich 2.40 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" oder „Dresdner Illustrierte Blätter" je 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland und den deutschen Kolonien:
Ausg. A mit „Illustr. Neueste" monatl. 1.00 Mk., vierteljährl. 3.00 Mk.
„ B ohne Illustr. Beilage „ 85 Pf. „ „ 2.55 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A mit „Illustr. Neueste" monatl. 1.79 Kr., vierteljährl. 5.37 Kr.
„ B ohne Illustr. Beilage „ 1.51 „ „ 4.53
Nach dem Auslande in Kreuzb. wöchentlich 1 Mk. Einz.-Nummer 10 Pf.

Die Engländer bei Ypern blutig abgewiesen

Erfolgreiche Minensprengungen bei Lens und Arras. — Feindlicher Fliegerangriff im Wardartale. — Frankreichs wachsende Transportschwierigkeiten. — 3 englische Dampfer und 30 Barken im Brooklyner Hafen eingeäschert.

Unsre Verhandlungen mit Washington

Die Meldungen über die Verhandlungen unsres Botschafters in Washington mit Wilson—Lansing über die Frage der bewaffneten Handelsschiffe und den U-Bootkrieg widersprechen sich. So entbielten die New-Yorker Blätter, nach Reuter, Mittwoch früh Depeschen aus Washington, nach denen der „Lusitania"-Streit mit Deutschland tatsächlich geregelt worden sei. Sämtliche großen Blätter melbeten auch, daß Lansing zufrieden zu sein scheine und nur die Genehmigung Wilsons erwarte, damit die Streitfrage erledigt werden könne. Nachmittags wurde aber von Lansing selbst (nach Reuter) mitgeteilt, daß der ganze Unterseebootstreit wieder eröffnet worden wäre. Diese Mitteilung erregte in New-Yorker diplomatischen und Handelskreisen großes Erstaunen. Ferner meldet Reuter, daß die republikanische Konvention des Staates New-York in ihr Programm für die kommenden Wahlen einen Entschluß aufnahm, der es als Pflicht der Vereinigten Staaten erklärt, Schritte zu unternehmen, damit das internationale Recht „wieder" zur Geltung gebracht werde. Die Vereinigten Staaten sollten darauf bestehen, daß man dieses Recht allgemein beobachte.

Eine andre Reutermeldung sagt, daß Graf Bernstorff Lansing das letzte Konzept der definitiven Note Deutschlands über die „Lusitania"-Frage übergeben habe. Es enthalte Abänderungen des Textes, die von der amerikanischen Regierung vorgeschlagen wurden, und eine Abänderung der deutschen Regierung selbst. Der Washingtoner Korrespondent der „Times" schließlich schreibt: „Wie zu erwarten war, weigert sich die Regierung der Vereinigten Staaten, Deutschlands Plan, bewaffnete Handelsdampfer ohne Warnung zu versenken, gutzuheißen. Nach der gestrigen Beratung des Kabinetts wurde inoffiziell folgender Beschluß bekanntgegeben: Obwohl die Regierung bei ihrer Ansicht bleibt, daß Handelsschiffe nicht bewaffnet werden sollen, wie in der nichtoffiziellen Aufzeichnung an die Alliierten gesagt wurde, sieht die Regierung ein, daß es unmöglich ist, ein internationales Gesetz ohne die Zustimmung aller Kriegführenden abzuändern."

Alle diese Meldungen sind tendenziös und vor allem dazu bestimmt, den „Lusitania"-Fall so eng als möglich mit der Frage der bewaffneten Handelsschiffe zu verquicken, welche Taktik unsrer Gegner deshalb klug ist, weil mit ihr die mehr oder weniger aufrichtige, aber immer noch vorhandene „Entrüstung" über die Versenkung der „Lusitania" gegen unsern U-Boot-Krieg überhaupt ausgenutzt werden kann. Kurz, der „Lusitania"-Fall soll anscheinend dazu dienen, dem Deutschen Reiche die U-Boot-Waffe aus der Hand zu winden.

Dies scheint uns der Kern der ganzen Angelegenheit zu sein, den man leider nicht dadurch beseitigen kann, daß man sich an ihm mit schönen Phrasen und dem bei uns in Auslandpolitik gelänligen Optimismus vorbeidrückt. Hier heißt es — gegebenenfalls — abwägen: was steht uns höher, unser U-Boot-Krieg oder die Neutralität der Vereinigten Staaten? In wie hohem Maße uns der U-Boot-Krieg Dienste leistet, das erfahren wir Tag für Tag, hierfür haben wir Belege, die uns die ganze Welt liefert, und von denen die ohnmächtige Wut der Engländer wohl der beste ist. Und auch für die Neutralität der Vereinigten Staaten haben wir handgreiflichste Belege, so etwa die in unsern Reihen platzenden amerikanischen Granaten, oder die in Amerika aufgenommenen Anleihen unsrer Gegner, von denen Bryan sagte, daß sie jeder anständigen Neutralität Hohn sprächen.

Kein vernünftiger Deutscher wird Deutschland einen neuen Feind wünschen, auch liegen Anzeichen dafür vor, daß wir uns mit Washington gütlich einigen werden. Aber man soll sich nicht durch ein bloßes Wort verwirren lassen.

Abgebrannt

× Amsterdam, 17. Februar.

Ein hiesiges Blatt gibt folgende Meldung des New-Yorker „Times"-Korrespondenten wieder: Bei einem Brande in Brooklyn sind drei britische Dampfer, die für die Alliierten befrachtet wurden, und dreihig Barken und Leichter bis auf die Wasserlinie abgebrannt. Als der Brand gelöscht war, war der Anlegeplatz mit vielen Waren eingestürzt. Der Schaden dürfte zwölf Millionen betragen.

Versenkt.

* Basel, 18. Februar

Die Agence Havas berichtet aus London: Von dem Dampfer „Kenkoem-Maru Nr. 11", 3522 Tonnen groß, der, wie gemeldet, auf der Fahrt von Marseille nach Baltimore im Atlantischen Ozean hinter der Meerenge von Gibraltar versenkt wurde, ist die Mannschaft in Plymouth gelandet. — Der Dampfer „Tergestea", 4368 Tonnen groß, wurde versenkt. Die Besatzung wurde gerettet.

Zusammenbruch frisch eingesetzter französischer Truppen

× Großes Hauptquartier, 18. Februar. (Amtlich.) (Eingegangen 2 Uhr 50 Min. nachm.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Die Engländer haben nochmals versucht, ihre Stellungen südöstlich von Ypern zurückzugewinnen; sie wurden blutig abgewiesen.

Nordwestlich von Lens und nördlich von Arras haben unsre Truppen mit Erfolg Minen gesprengt.

Eine kleine deutsche Abteilung brachte von einer nächtlichen Unternehmung gegen die englische Stellung bei Fonquevillers (nördlich von Albert) einige Gefangene und ein Maschinengewehr ein.

Hart südlich der Somme brach ein Angriff frisch eingesetzter französischer Truppen in unserm Feuer zusammen.

Auf der übrigen Front zeitweise lebhaftere Artilleriekämpfe; keine besonderen Ereignisse.

Nächtliche feindliche Fliegerangriffe in Flandern wurden von unsern Fliegern sofort mit Bombenabwurf auf Poperinghe beantwortet.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Die Lage ist unverändert.

Balkankriegsschauplatz:

Feindliche Flieger griffen den Bahnhof Hudova (im Wardartale südlich von Strumica) an.

Oberste Heeresleitung.

Der Vierverbandsdruck auf Griechenland

Griechischen Blättern zufolge steigerte der Vierverband seinen Druck auf Griechenland in den letzten Tagen noch mehr. So haben englisch-französische Truppenabteilungen alle Ortschaften um Saloniki nach versteckten Waffen durchsucht. Einige Griechen, bei denen alte, unbrauchbare Gewehre gefunden wurden, sind verhaftet worden. Nach einer Meldung des „Journal" aus Saloniki hat die englisch-französische Polizei auch den dortigen Bürgermeister Ismail Bei verhaftet. — Ueber

die militärischen Operationen

des Vierverbandes von Saloniki aus wird ferner berichtet:

× Saloniki, 17. Februar. (Havasmeldung.) Die Franzosen haben sämtliche Wardarbrücken besetzt. Die Griechen besetzten das Flußufer von Toptschin bis zur Mündung.

Auf der von den Truppen des Vierverbandes besetzten Insel Milos herrscht, wie die „Südslaw. Korresp." griechischen Blättern entnimmt, unter der griechischen Bevölkerung schwerste Hungersnot, da Milos von jeder Zufuhr abgeschnitten ist. Die Stimmung wurde schließlich derartig, daß ein Aufstand auszubrechen drohte. Erst auf die sehr bestimmte Forderung der griechischen Regierung wurde die Einfuhr kleiner Mengen von Mehl und Zucker gestattet. — In der griechischen Kammer sprach Ministerpräsident

Skuludis über das Schicksal Korfus

und erteilte dem Deputierten von Korfu, Sokkli, der gegen die Anwesenheit der alliierten Truppen auf Korfu Einspruch erhob, nach der Agence Havas folgende Antwort: Es ist nicht wahr, daß die hellenische Regierung der Landung der Italiener auf Korfu zugestimmt habe. Wir haben protestiert. Wir besitzen eine amtliche Erklärung, daß die Integrität des Staates respektiert werden wird, denn sobald der Grund, der die Anwesenheit der alliierten Truppen auf Korfu herbeiführte, verschwunden sein wird, wird die Insel Griechenland zurückgegeben werden. Die militärische Streitkraft, welche Italien nach Korfu senden wird, wird fünfzig Carabinieri, die die Mitwirkung Italiens an dem Unternehmen der Entente darstellen sollen, nicht überschreiten. Italien erklärt in Gemäßheit und im Sinne der Note der vier Alliierten vom 10. Januar, in der die Absicht der Ueberführung serbischer Truppen nach Korfu angekündigt wird, daß es gleichfalls Soldaten zur Begleitung der nach Korfu zu sendenden montenegrinischen Truppen schicken werde. Die hellenische Regierung hat dagegen Einspruch erhoben. Gestern wurde die Regierung verständigt, daß am Tage vorher zwanzig Carabinieri mit einem Offizier, einem ehemaligen Militärattaché der italienischen Gesandtschaft in Athen, in Korfu gelandet sind. Ich wiederhole, daß die Versicherungen, welche die alliierten Mächte gegeben haben, sehr klar und sehr kategorisch sind; sie bekräftigen, daß sobald der Grund, welcher die Anwesenheit der Alliierten auf Korfu rechtfertigt, geschwunden sein wird, diese insgesamt und gleichzeitig die Insel verlassen werden.

•

Englisch-französische Vorbereitungen

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten.)

-u- Wien, 18. Februar

Der Kriegsberichterstatter des „N. Wiener Tagbl." meldet aus Sofia: Nach Berichten aus Drama nehmen die englischen und französischen Truppen Verschiebungen an ihren Frontflügeln vor, um bei Rukusch Kämpfen auszuweichen. Das englische 2. Infanterieregiment liegt in Horiasch. Ferner bereiten die Engländer und Franzosen neben ihren Befestigungslinien an der Bucht von Orfano Rückzugsstraßen vor.
(kf)

•

Griechenland und Rumänien

In diplomatischen Kreisen in Athen wird, laut einer Meldung aus Lyon über Genf, das Gerücht verbreitet, daß zwischen Rumänien und Griechenland augenblicklich Verhandlungen erfolgen, die sich mit der Frage des engeren Zusammenschlusses beider Länder zur Wahrung ihrer Interessen auf dem Balkan befassen.

Kitchener über Aegypten und Mesopotamien

× London, 18. Februar

Lord Kitchener berichtete in der heutigen Sitzung des Oberhauses, daß indische Divisionen aus Frankreich und Flandern weggenommen wurden, und sagte dann: „Nachdem die Deutschen den Weg nach Konstantinopel freigemacht hatten, konnte die türkische Armee, durch deutsche Hilfe verstärkt, entweder eine Truppenbewegung gegen Aegypten ausführen oder ihre Streitkräfte in Mesopotamien verstärken und zugleich einen mächtigen Artillerieangriff auf unsre Stellungen in Gallipoli machen. Wir beschlossen daher, Gallipoli zu räumen, um unsre Truppen in Saloniki und Aegypten zu vermehren. Die Türken drohen mit einem ernstlichen Versuche, Aegypten anzugreifen. Wir haben entsprechende Vorbereitungen getroffen, um den Suezkanal zu verteidigen. Der deutsch-türkische Einfluß auf die Führer der Senussen hat bewirkt, daß die Araber in der Cyrenaika und in Tripolis eine feindliche Haltung gegen Aegypten einnahmen. Der erste Versuch dieser Art scheiterte vollkommen. (?) Obwohl die Bewegungen im westlichen Teile der Wüste noch eine gewisse Unruhe hervorrufen, bildet die bewundernswerte Ergebenheit des ägyptischen Volkes (?) eine wirksame Schranke gegen jedes Eindringen jener Stämme in kultivierte Gebiete."

Ueber Mesopotamien sagte Lord Kitchener: „Die türkische Stellung wurde am 27. Januar angegriffen, aber sie war zu stark, um genommen zu werden. General Aylmer erwartet weitere Verstärkungen, bevor er den Vormarsch erneuert, um die Vereinigung mit Townsend herzustellen. Dieser hat genügende Vorräte, um sich mit seinen Truppen eine beträchtliche Zeit zu halten. Der Feldzug in Mesopotamien, der bisher von Indien aus befehligt worden ist, wird jetzt vom Kriegsamt geleitet werden.

Grey wieder erschüttert

* Berlin, 18. Februar

Wie der Londoner Gewährsmann der „Vossischen Zeitung" meldet, ist es über die Frage der Blockadeverschärfung zu so ernsten Meinungsverschiedenheiten im englischen Kabinett gekommen, daß Greys Stellung erschüttert ist, wenn ihm nicht die Neutralen dadurch zu Hilfe kommen, daß sie sich ernstlich gegen die englischen Pläne der Blockierung ihrer Häfen wehren. Fast alle englischen Kreise fordern die Verschärfung der Blockade als einziges Mittel zur Abkürzung des Krieges. Sie verlangen strenge Beaufsichtigung und Abschließung der neutralen Häfen durch die englische Flotte. Grey wird auch außerhalb des Kabinetts in militärischen und politischen Kreisen sehr scharf kritisiert, weil er sich diesen Forderungen widersetzt. (Daß Grey vor dem Sturze steht, ist nichts neues; wir hören diese Kunde schon seit Jahren, in Abständen von rund vier Monaten etwa. Ein englischer Minister, dem die Neutralen zu Hilfe kommen müssen, ist jedoch etwas neues, derart neu, daß wir es kaum glauben können. Dagegen glauben wir, daß um des guten Eindrucks in Amerika willen die englische Regierung eine Rücksichtnahme auf Neutrale heuchelt und sich „standhaft" gegen Angriffe wehrt, die sie selbst inszeniert hat. Die Red.)

Unsre U-Boote im Schwarzen Meer

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

-t- Budapest, 18. Februar

„Vilag" meldet aus Bukarest: Die Unterseeboote entwickeln eine energische Tätigkeit in der letzten Zeit im Schwarzen Meer und fügen der russischen Flotte großen Schaden zu. In Eulma liefen Nachrichten ein, daß ein Unterseeboot in der Nähe von Odessa einen großen russischen Transportdampfer mit Waren von Rumänien nach Rußland in hohem Wert versenkte.
(kf)

Die Ernährungsfragen im sächsischen Landtag

Die neuerlichen Debatten über Ernährungsfragen im sächsischen Landtage sind gestern in der Zweiten Kammer zu Ende geführt worden unter dem bestimmenden Eindruck, daß weder die sächsische Regierung noch die sächsische Landwirtschaft verantwortlich zu machen ist für Mißstände der Organisation, die wir gerade in unserm Lande, das auf Kartoffelzuschuß, wie überhaupt auf Einfuhr aus agrarischen Gebieten am meisten angewiesen ist, stark empfunden haben. Schon bei der sachlichen Auseinandersetzung in der Ersten Kammer hatte Oberbürgermeister Blüher sehr deutlich gezeigt, wo der Fehler liegt. Nämlich in der Verwaltung der östlichen Reichs-Kartoffelkammer, die sehr wohl bei mehr gutem Willen in der Lage gewesen wäre, auch für die sächsische Einfuhr besser zu sorgen. In Sachsen selbst kann die Enteignung kaum große Resultate zeitigen, während in Ostpreußen die Landräte auch jetzt noch nicht mit derjenigen Rücksichtslosigkeit vorgehen, die unumgänglich ist, wenn die Einrichtung der Höchstpreise nicht das Gegenteil von dem wirken soll, was der Gesetzgeber damit beabsichtigte. Und wenn der preußische Landwirtschaftsminister diese Fürsorge, die doch im Osten sich bei der dort herrschenden Gebietsverteilung auf weite Latifundien erstreckt, mit dem Hinweis auf technische Schwierigkeiten und die Interessen der Kleinbauern gestern in der preußischen Landstube verteidigte, so wird er damit außer einigen großagrarischen Landsleuten kaum jemand überzeugen. Gerade die Kleinbauern bedürfen ja in vielen Fällen selber des Zuschusses für sich und ihr Schwein. Es fragt sich nur, wo man den Begriff Kleinbauer anfangen läßt. In der sächsischen Kammer ist auch gestern durch den Abgeordneten Fräßdorf sehr richtig darauf hingewiesen worden, daß wir ja an Arbeitskräften keinen Mangel haben mit unsern Hunderttausenden von Kriegsgefangenen. Die Technik der Nichterschließung der Kartoffelmieten in Ostpreußen ruht zweifellos auf ganz andern Grundlagen.

Wir haben im übrigen von Anfang an Zweifel geäußert an der Wirksamkeit der Höchstpreise. In der Ersten Kammer hat wiederum Blüher in seiner ausgezeichneten Rede ehrlich bekannt, wie nahe die Wirkungsgrenze der Höchstpreise liegt. Zweifellos aber hört — das zeigt sich ja evident in der Kartoffelversorgungsfrage — die Wirkung auf, wenn die Enteignung nicht so geübt wird, wie sie die sächsische Regierung vor kurzem ankündigte. Man kann jedenfalls sehr gereiter Meinung sein über die Nützlichkeit von Höchstpreisen, wenn man auch zugeben muß, daß man mangels besserer Mittel damit operieren muß. In Frankreich war 1790 sofort das Getreide wie durch Zauber verschwunden, als man Höchstpreise einsetzte. Die Landräte der ganz agrarischen Provinzen mußten recht deutlich werden, ehe es wieder zum Vorschein kam. Es gibt in dieser Sache doch auch historische Erfahrungen, Erfahrungen, die in der Natur des Menschen gegründet sind. Calwers Vorschlag, der ungefähr besagte, „laßt die Wohlhabenden, alle die zahlungsfähig sind, bezahlen, kauft für die, die beim besten Willen nicht bezahlen können, das Notwendige", traf unsres Erachtens das Richtige. Was natürlich nicht hindert, daß Sachsen seinen ihm in dieser Zeit von Reichs wegen zukommenden Anteil aus der Kartoffelkammer mit aller Energie fordern muß.

In dieser Beziehung hat Staatsminister Graf Vitzthum gestern in der Zweiten Kammer sehr beruhigende Versicherungen abgegeben. Man wird hoffentlich im Bundesrate und in den Amtsstuben des Herrn v. Schorlemer-Lieser die vornehme Art würdigen, mit der der Minister auch hier die berechtigten Forderungen Sachsens vertreten hat. Wir sind — man vergleiche die Vorgänge bei der Gründung der Rohtabakeinkaufsgesellschaft — ja mit Rücksichten nicht verwöhnt und werden bei dieser Sache, d. h. bei der Behandlung von Lebensfragen der sächsischen Zigarettenindustrie, mit der andre wichtige Industrien eng zusammenhängen, uns noch mit der jetzt üblichen Methodik bundesstaatlicher Behandlung in Wirtschaftsfragen zu beschäftigen haben. —

Abgesehen von der um mehr formale Dinge gehenden Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten Nitzschke (Zweite Kammer) und Geheimrat Wach ist die Ernährungsdebatte in beiden sächsischen Kammern mit größter Sachlichkeit von allen Parteien geführt worden. Man darf sagen auch mit ruhig wägender Gerechtigkeit. Der Bundesrat und alle, die verantwortlich sind für die gerechte Verteilung dessen, was heutiger Boden im Kriege liefert, können aus den Verhandlungsberichten entnehmen, wie Abhilfe zu schaffen ist. Denn man hat in Sachsen keine Agitationsreden gehalten, vielmehr die Sonde in die Wunde gelegt und gezeigt, wie sie geschlossen werden kann. Es war eine Debatte, bei der auch für das Herz unsrer Feinde und für ihre Hungerpolitik keine Nahrung abfiel. Um so mehr sollten die Verantwortlichen, die mit Recht mahnen erträgliche Einschränkungen ohne viel Rede und Schreibe zu tragen, ihre Pflicht tun. Es ist wahrhaftig kein Partikularismus, der so spricht. Im Gegenteil: man muß sich an gewissen Stellen, nicht nur im Bundesrate, darüber klar werden, welche unwägbaren Stimmungswerte für das Reich geschädigt werden, wenn das nur selbstverständliche Entgegenkommen zu spät kommt, oder ausbleibt.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19160219/1